Humanistische Union

"Frag den Staat" – Neues Internetportal erleichtert Zugang zu Informationen aus Ministerien und Behörden

Das von der Open Knowledge Foundation Deutschland e.V. betriebene Internetportal "Frag den Staat" ist heute online gegangen. Ziel des Portals ist es, zu einer zentralen Sammelstelle für Anfragen an Bundesministerien und -behörden im Internet zu werden. FragDenStaat.de unterstützt Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz des Bundes, dem Umwelt- und Verbraucherinformationsgesetz.

Vielen Bürgerinnen und Bürgern sind die Möglichkeiten und Potenziale der Bundesgesetze, nach denen Akteneinsicht beantragt werden kann, nicht bekannt. Die Hürde, eine Anfrage zu stellen, ist offenbar hoch. Das neue Portal will diese Hürde senken. Auf FragDenStaat.de sind alle Behörden des Bundes aufgelistet. Mit Hilfe eines Web-Formulars können Informationsfreiheitsanfragen vereinfacht gestellt und an die entsprechende Behörde versendet werden. Die Antwort der Behörde wird automatisch an die Plattform geleitet und dort zusammen mit der Anfrage des Nutzers veröffentlicht. So werden die angefragten Informationen für die gesamte Öffentlichkeit transparent und kostenlos einsehbar. Dank FragDenStaat.de müssen in Zukunft identische Anfragen nicht doppelt bearbeitet werden.

Stefan Wehrmeyer, Projektleiter FragDenStaat.de von Open Knowledge Foundation Deutschland: "Mit Hilfe des Webs lässt sich ein mächtiges, demokratisches Werkzeug wie die Informationsfreiheit optimal nutzen."
Christian Humborg, Geschäftsführer von Transparency International Deutschland: „Informationsfreiheit ist im 21. Jahrhundert eine Selbstverständlichkeit. Sie ermöglicht Rechenschaft und Kontrolle und ermächtigt den Bürger. Höchst enttäuschend und unverständlich ist die Entscheidung der baden-württembergischen Landesregierung, die Einführung eines Informationsfreiheitsgesetzes um mindestens ein Jahr zu vertagen."
Lynn Gogolin von Mehr Demokratie: "Der freie Zugang zu Informationen ist eine absolute Voraussetzung für unsere Demokratie. Bürgerinnen und Bürger müssen möglichst schnell und einfach an Antworten kommen. Dazu gibt es nun FragDenStaat.de. Auf Landesebene steht das allerdings noch aus."
Daniel Dietrich, Vorstand der Open Knowledge Foundation Deutschland: "Wir hoffen, mit der Plattform FragDenStaat.deden kulturellen Wandel zu Open Government in der staatlichen Verwaltung zu beschleunigen. Wir wollen den Gesetzgeber dabei unterstützen, die Informationsfreiheitsgesetzgebung deutlich nachzubessern. Die Bundesländer, die noch kein Landes-IFG haben, müssen dringend eines einführen. Auf Bundesebene sollten die unterschiedlichen Informationsgesetze zu einem einheitlichen Gesetz zusammengeführt werden, um die Antragstellung zu erleichtern."

Das Portal soll auch die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen und Journalisten unterstützen. Über FragDenStaat.de können sie Anfragen nicht-öffentlich stellen. Diese werden dann zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht. Dadurch wird die exklusive Nutzung von Informationen gewahrt. Gleichzeitig kann die Webseite als Quelle angegeben werden.

Vorbild von FragDenStaat.deist die in Großbritannien sehr erfolgreiche Webseite "whatdotheyknow.com". 2010 wurden circa zwölf Prozent aller Informationsanfragen an zentrale staatliche Behörden über diese Webseite gestellt. Das sind etwa 5.200 Anfragen. In Deutschland wurden jährlich von 2006 bis 2010 durchschnittlich nur etwa 1.600 Anfragen nach dem Bundes-Informationsfreiheitsgesetz gestellt.
Das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes ist seit 2006 in Kraft. In elf Bundesländern bestehen zudem Landes-Informationsfreiheitsgesetze. In Bayern, Hessen, Niedersachsen und Sachsen gibt es kein Informationsfreiheitsgesetz. In Baden-Württemberg hat die rot-grüne Koalition in ihrem Koalitionsvertrag

vom April 2011 die Einführung eines Informationsfreiheitsgesetzes vereinbart. Wie Innenminister Reinhold Gall mitteilte, soll die laufende Evaluierung des Bundesgesetzes abgewartet werden.

Zum Start wird das Portal bereits von elf Organisationen und Initiativen unterstützt. Die Unterstützerorganisationen sind: Access Info Europe, Deutsche Gesellschaft für Informationsfreiheit e.V., Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union, Deutscher Journalisten-Verband e.V., Digitale Gesellschaft e.V., Legal Leaks, Mehr Demokratie e.V., netzwerk recherche e.V., n-ost Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung e.V., Open Data Network e.V. und Transparency International Deutschland e.V. Die Betreiberorganisation Open Knowledge Foundation Deutschland e.V. hat sich im Februar 2011 gegründet. Die drei Mitarbeiter werden von der Open Knowledge Foundation aus Großbritannien finanziert.

Kontakt:

Stefan Wehrmeyer, Projektleiter FragDenStaat.de
Open Knowledge Foundation Deutschland e.V.
Tel.: 0151 / 15 550 559

Dr. Christian Humborg, Geschäftsführer
Transparency International Deutschland e.V.
Tel.: 030 / 54 98 98 0

Lynn Gogolin, Pressesprecherin
Mehr Demokratie e.V.
Tel.: 030 / 420 823 70

Daniel Dietrich, Vorstand
Open Knowledge Foundation Deutschland e.V.
Tel.: 0171 / 78 08 703

Christian Mihr, Leiter medienpolitische Projekte
n-ost Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung e.V.
Tel.: 030 / 259 32 83 0

---

https://suedbayern.humanistische-union.de/thema/frag-den-staat-neues-internetportal-erleichtert-zugang-zu-informationen-aus-ministerien-und-behoe/
Abgerufen am: 26.04.2024